

Neuenbürg, Samstag, den 22. Nov. 1919. Nr. 273. Preis 30 Pf. Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag. ...

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Neuenbürgen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 273

Neuenbürg, Samstag den 22. November 1919.

77. Jahrgang.

Mundschau.

Der Landtag war in dieser Woche zu einer kurzen und doch inhaltreichen Tagung versammelt. Zunächst aber hatte er den Tod seines bedeutendsten Mitglieds, des Abg. Adolf Gröber, zu beklagen, der am Mittwoch in Berlin mitten in der Ausübung seiner ihm zum Lebensberuf gewordenen parlamentarischen Arbeit gestorben ist. Er kamte keine Rast und keine Ruhe, wußte seit Jahren, in welcher Gefahr er schwebte, aber die Rot des Vaterlandes, die Liebe zu Heimat und Volk, war ihm nach Gottes Willen härteres Gebot. Dem Mann, der bei Lebzeiten alle Ehren verschmähte, folgten nun seine Werke nach. Der höchste Lohn für seine Arbeit wird ihm jetzt in der allseitigen Anerkennung von Freund und Feind. Er wird weder im Landtag, noch im Reichstag in absehbarer Zeit vollwertig zu ersetzen sein.

Die Arbeiten des Landtags umfaßten diesmal die Grund-erwerbssteuer der Gemeinden, eine Beschaffungszulage für die Beamten und Arbeiter des Staates in Höhe von 8 1/2 Millionen und das Torsteuergesetz. Finanzminister Viesching entwickelte ein trostloses Bild unserer Lage und verlagte sich auch nicht eine Kritik gegen die Reichsfinanzpolitik, die ihn förmlich gezwungen habe, dem Bande dieser neuen Kistenlast aufzuliegen, für die es keine Deckung gebe und die nur mit Schuldenmachen aufzubringen sei. Das Torsteuergesetz führte zu einem scharfen Zusammenstoß mit der Bürgerpartei, deren geistvoller Führer wegen seiner unbeweglichen Politik in toder Weise beleidigt und vom Präsidium nicht genügend geschützt wurde.

Besseres oder teureres Brot sollen wir jetzt erhalten, auch mehr Kohlen, wenn letzteres wahr ist. Die reichen Niederstühle kamen jedenfalls zur Hebung der Wasserkräfte für die Elektrizitätswerte und Mühlen ebenso gelegen wie die Verbesserung der Kohlenzufuhr auf den Wasserstraßen. Daß die Einjährige-Prüfung jetzt abgelehnt wird ist kein Fehler. Man könnte ihr zur Zeit auch die Zeichenverbrennung folgen lassen, die für jede Einbürgerung mehr Zehner Kohlen brauden, als ein ganzes Hausjahr für den Winter zur Verfügung hat. Unter den vielen Rotverordnungen würde diese sicherlich keinen schlechteren Platz einnehmen, als die Verfügung über die Pensionierung der Beamten mit 65 Jahren. Geh weg, laß mich hin, heißt es da. Im Zeichen der Revolution sucht eben jeder Stand, ja jeder Einzelne für sich etwas besonderes herauszuschlagen. Man braucht nur einen großen Organisation anzugehen und recht zu schreiben, dann ist die Regierung bald überzeugt. Da dieses Verfahren neuerdings auch auf den Universitätsbetrieb überzugreifen droht, hat der große Senat in Tübingen dagegen aufgebracht. Er verlangt ein Mitspracherecht auch bezüglich der Zulassung zum Universitätsstudium. Das zielt im einzelnen gegen den Wunsch unserer Volkshochschulen, noch zweijähriger praktischer Tätigkeit ohne weiteres studieren zu können wie einer, der sein Maturitätszeugnis macht.

Der Reichstag hat am Donnerstag keine Plenarsitzung wieder aufgenommen. Bis dahin hatte der Untersuchungsausschuss getagt. Er ist ausgegangen wie das Hornberger Schieschen. Hindenburg, Ludendorff und Helfferich haben die Würden des Grafen Bernstorff ins rechte Licht gerückt. Die Herren Ankläger Eden, Einzeimer, Schöning und David waren bald in die Rolle der Beschlagen gekommen, abgleich man Helfferich zweimal strafe, weil er sich weigerte, einem Manne wie Cohn, der mit russischen Geldern bei uns die Revolution vorbereitete, zu antworten. Ein Mann mit Gott ist immer die Wehrheit, sagt ein altes Wort. Hier waren drei Mann mit der Wahrheit härter als der ganze Untersuchungsausschuss von 23 Köpfen, besonders nachdem der Vorfall gewaschen war. Der Reichstag hat wie ein reinigendes Gewitter gewirkt. Wenn man jetzt unseren Hindenburg als alten willenlosen Mann in den Rot ziehen und als Verteidiger Ludendorff und Helfferich hinstellen will, so erweckt das bei einem anständigen Menschen nur Betrübnis. Die Wahrheit muß doch liegen, mit oder ohne Ehrenkompagnie, aber auch mit oder ohne demagogischen Schwindel.

Die Gemeindevahlen in den besetzten Gebieten sind nun tatsächlich von der Entente aufgehoben worden, die zur Zeit mit ihren eigenen Wahlen stark beschäftigt ist. In Belgien und in Italien hat der Sozialismus geblüht, in Frankreich ist er fürchtbar unterlegen, woraus zu ersehen ist, wie verschieden Krieg und Frieden bei diesen drei romanischen Völkern gewirkt hat. Es ist noch nicht zu übersehen, ob davon auch bestimmte Wirkungen auf unser Schicksal zu erwarten sind. Vorläufig bleiben wir an Händen und Füßen gefesselt, rüsten uns auf den Empfang der Ueberwachungskommissionen als Zwangsbesatz, wachen immer noch auf unsere Gefangenen in Frankreich und haben uns mit der Washingtoner Konferenz am Barrenfreiheit herumzuführen lassen, indem unsere Arbeiterdelegationen gerade an dem Tage hätten nach Amerika reisen dürfen, an dem die Konferenz geschlossen wurde.

Hohe Löhne und hohe Steuern.

Unsere Stadtoberordneten tun gewiß recht daran, den Beamten, Angestellten und Arbeitern in der städtischen Verwaltung ein den Verhältnissen entsprechendes Einkommen zu gewährleisten, aber bei weiteren Ausgaben sollte man auch an uns andere denken, die das alles bezahlen müssen. Das sollten auch die Leute bedenken,

die immer neue Forderungen an die Stadt stellen. Ich bin immer für die Arbeiterinteressen eingetreten, aber alles muß doch Maß und Ziel haben. Und manches hat heute weder Maß noch Ziel. Angestelltenauschüsse zerbrechen sich den Kopf, alle Augenblicke neue Forderungen zu stellen. Wir müssen das alles bezahlen, obwohl an vielen Stellen kaum Nennenswertes geleistet wird. Die Gasarbeiter stellen unseren Leuten im Rathaus die Arbeit nicht allzu schwer machen. Wenn wir nächstens Gaspreise von 70, 80 Pfennig für das Kubikmeter bezahlen müssen, so ist das eine Höhe, die man nicht mehr bezahlen kann.

So schreibt in der „Freiheit“ ein Unabhängiger, dem die 300 Prozent Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, die seine Gemeinde von ihm fordert, auf die Kerden gefallen sind, und die Redaktion der „Freiheit“ lehnt diesen Standpunkt nicht etwa ab, sondern findet es „sicherlich zutreffend, daß die Vertreter der Bürgerschaft mehr das allgemeine Interesse im Auge behalten sollten“.

Ja, das war schon in den „dösen“ Zeiten so, als wir noch keine demokratisch-sozialistische Republik waren: Forderungen nach besserer Bezahlung der Arbeiter und Angestellten wurden überall laut, besonders von radikaler Seite; wenn aber die Allgemeinheit naturgemäß die höheren und all die hohen Ausgaben für soziale Reformen, für Kulturzwecke usw. zu tragen hatte, dann ging das Beispiel links erst recht los über die unerschwinglich hohen Steuern. Daß die Steuern nicht niedriger würden, war für jeden klar, der wußte, daß die Arbeiter und Angestellten auch unter radikalem Regime ihre Forderungen nicht einkindnen, sondern im Gegenteil erweitern würden. Man kann nicht den Radikalschreibern und Wollarbeitern 700 bis 800 Mark im Monat an Löhnen zubilligen, ohne daß die städtischen Angestellten und Arbeiter sich für berechtigt halten, gleichfalls eine erhebliche Erhöhung ihrer Löhne zu verlangen. Alles das aber hat natürlich eine Erhöhung der Steuern mit Naturnotwendigkeit zur Folge. Höhere Steuern müssen natürlich aber von allen getragen werden.

Wer war es denn, der immer wieder jede Lohnforderung der Arbeiter und Angestellten für durchaus berechtigt, ja notwendig erklärte? Waren es nicht gerade die Unabhängigen, von den Kommunisten ganz zu schweigen, die damit ihrer Rhetorik die wünschenswerte Kräftigung durch den Jauch der städtischen Arbeiter und Angestellten und kleinen Beamten gewinnen wollten? Die kommunistischen „Richtstrahlen“ haben deshalb ganz recht, wenn sie die oben erwähnten Klagen der „Freiheit“ als eine der vielen unabhängigen Inkonsequenzen erklären und dem Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei vorwerfen, es wisse noch nicht einmal, was Sozialismus sei. Und das sei nicht etwa ein Gelegenheits-Lapsus, sondern die Unabhängigen hätten schon, als sie in der Regierung waren, am 2. Januar 1919, es offiziell als „gebieterische Pflicht“ erklärt, „dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträgliches hinaus mit Festigkeit entgegen zu treten“. Jener Erlass trägt ja auch die Unterschriften der damaligen unabhängigen Minister Adolf Hoffmann, Ströbel und Rosenfeld.

Es ist wahr: sobald die Unabhängigen in die Notwendigkeit verfaßt sind, eine Verantwortung auf sich zu nehmen, dann merken sie, daß Theorie und Praxis zwei durchaus verschiedene Dinge sind. Sie sind ja auch nur deshalb aus der Regierung ausgetreten, weil sie es bequemer fanden, zu agitieren und zu schimpfen, als vernünftig zu regieren.

Deutschland.

Berlin, 20. Nov. In den neuen Forderungen der Landwirte, die der Reichsausschuss der deutschen Landwirte aufgestellt hat, sagt das „Berliner Tageblatt“: Diese Sorgen wird man nicht mit einer Handbewegung auf die ergänzende Einfuhr aus dem Ausland abtun können. Die Städte und die Regierung sind bereit, mit den Landwirten zur Behebung der dringenden Notlage Hand in Hand zu gehen; sie dürfen auch auf landwirtschaftlicher Seite den Willen erwarren, Wege zu gehen, welche die städtische Versorgung nicht in den Sumpf führen.

Zur Zuckerverföorgung.

Stuttgart, 20. Nov. Die Zuckerkarten wurden entsprechend den Brot- und Fleischkarten für die Zeit vom 1. September bis 15. Oktober ausgegeben, und zwar mit einem Einlösungswert von 1000 Gramm. Da bereits im September 500 Gramm Einmischung ausgegeben wurden, für welche die Reichszuckerstelle keinen Ersatz leistete, so mußte die Monats-Ration für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. November auf 350 Gramm herabgesetzt werden. Für die Zeit vom 15. November bis 15. Dezember wird wieder die volle Monatsration mit 650 Gramm gewährt. Im Laufe der nächsten Tage werden sämtliche Kommunalverbände den Zucker für die Zeit vom 15. November bis 15. Dezember erhalten.

Unsere Brotoerföorgung bis Mitte Februar gesichert.

Berlin, 21. Nov. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge, dürfte schon in aller Kürze eine entscheidende Sitzung stattfinden, in der eine Veränderung der bisherigen Zuckerverföorgung festgesetzt werden wird. Wenn überhaupt an eine neue Bewirtschaftung des Zuckers gedacht wird, so kann das nur in beschränktem Maße der

Fall sein. Man wird sich nicht dazu entschließen können, von einer Zwangsbezwirtschaftung des für die Haushaltungen rationierten Zuckers Abstand zu nehmen. In der Brotgetreidebewirtschaftung dürfte eine Veränderung jetzt nicht erfolgen. Gefahren für die Brotoerföorgung bestehen nach der an maßgebender Stelle herrschenden Auffassung nicht. Die Reichsgetreidestelle ist bereits jetzt so weit eingedeckt, daß die Brotoerföorgung bis Mitte Februar gesichert ist.

Zum Rückgang der deutschen Valuta.

Der neue, scharfe Rückgang der Mark beruht, wie in Hamburg unterrichteten Börsenkreisen bekannt wird, auf gewaltigen Positionslösungen in Marknoten für ein dänisches und norwegisches Bankhaus. Dazu kam, daß man in Holland und vielfach auch in der Schweiz annahm, die Einstellung des Personenerkehrs in Deutschland sei ein Beweis für das Besorglichen neuer revolutionärer Bewegungen. Es hat weiter den Anschein, als ob von englischer und französischer Seite die Situation ausgenutzt werden soll, um durch plötzliche große Abgaben in Marknoten einen neuen Druck auf die deutsche Valuta auszuüben. Es gibt, besonders in England, weite Kreise, die konsequent darauf hinstreben, den Kurs der Mark noch weiter herabzubringen, um auf diese Weise in Deutschland billig einzukaufen zu können. Dagegen beginnt in maßgebenden englischen Finanz- und Handelskreisen die Erkenntnis aufzudämmern, daß der Ruin Deutschlands, der bei einem weiteren Sinken des Marktkurses unvermeidlich ist, auch England schwer in Mitleidenschaft ziehen würde. Vorläufig rühren aber, wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, die amtlichen Londoner Kreise noch keinen Finger, um das „Loch im Westen“ abzutreten zu helfen. Die deutsche Regierung hat sich darauf beschränkt, scharfe polizeiliche Kontrollmaßnahmen zu treffen. Es bleibt aber abzuwarten, ob durch diese Maßregeln dem Schiedertum ein Ende bereitet wird. Aus eigener Kraft kann Deutschland das „Loch im Westen“ nicht schließen, ein Erfolg kann nur erstritten, wenn auch die Entente diese Maßregeln unterstützt.

In den letzten Tagen war die Nachfrage nach Marknoten an den Auslandsmärkten etwas reger. Die Amerikaner, die ein unerschütterliches Vertrauen zu der Wiederausrichtung der deutschen Wirtschaft zeigen, beginnen wieder Marktkäufe vorzunehmen. Das Ausland ist aber mit Marknoten so vollgepfropft, daß diese Käufe nur wenig Wirkung zeigen. Es zeigt sich immer mehr, daß die Gewährung von Einzelkrediten keine Rettung bringen kann. Erste deutsche Firmen müssen für die Einräumung von Valutakrediten (Kriegsanleihe) ist dabei fast immer ausgeschlossen) hinterlegen und außerdem noch die Garantie einer deutschen Großbank bringen. Weniger demütigend sind die Bedingungen der Amerikaner. So sind z. B. für den Bezug von etwa 500 000 Ballen Baumwolle den deutschen Geschäftsteilnehmern recht kalte Bedingungen gestellt worden.

Zur Rechtfertigung Helfferichs.

Dr. Helfferich hat es befohlen abgelehnt, auf die Cohn'schen Fragen zu antworten, weil das hochverräterische Treiben Cohns den Zusammenbruch des Vaterlandes mit herbeigeführt habe. Abg. Dr. Cohn leugnet natürlich, insbesondere bestritt er, daß er vom russischen Botschafter Josse bolschewistisches Geld zur Revolutionierung Deutschlands und seiner Armee erhalten und verwendet habe. Nur am 6. November 1918 habe er einen bestimmten Betrag erhalten, den er zur Unterstützung russischer Befehlshaber in Deutschland und nur zu einem kleinen Teile für die Zwecke der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ verbraucht habe. Da ist es doch am Platze, nochmals mitzuteilen, was der russische Botschafter Josse selbst mitgeteilt hat. Er schrieb:

„Ich möchte diesen Anlach demjenigen, um dem Rechtsbestand der russischen Botschaft in Berlin, Herrn Reichstagsabg. Dr. Dofar Cohn, mitzuteilen, daß jene fünfhunderttausend Mark und einhunderttausend Mark, die er von mir in der letzten Nacht vor der Ausweisung, und zwar als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Förderung der deutschen Revolution erhalten hatte — in jener Nacht, als er gemeinsam mit uns im Botschaftsgebäude verhaftet sah —, daß er diese Summe zurzeit nicht an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei auszugeben braucht. Das gleiche gilt von dem in Deutschland deponierten Fonds von zehn Millionen Rubel, worüber ich Herrn Dr. Cohn Verfügungsrecht im Interesse der deutschen Revolution eingeräumt habe. Auch diese Gelder sind nicht mehr zur Verfügung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu stellen. Was endlich die Summe von dreihunderttausend Mark und fünfzigtausend Rubel anbetrifft, die Herrn Dr. Cohn von mir zur Hilfeleistung an die in Deutschland jurisdigebenen russischen Staatsangehörigen erhalten hat, so bitte ich ihn, über diese Gelder auftragsgemäß zu verfügen usw.“

Und ein solcher Mann, der auf den Zusammenbruch Deutschlands planmäßig hinarbeitete, darf die besten und größten unserer deutschen Männer verhöhen, als seien sie Verbrecher.

Steuerverbaltungen der Sparprämien-Anleihe.

Die 5 Prozentigen Zinsen der Sparprämienanleihe sind Kapital- und einkommensteuerfrei. Wer 1000 Mark Sparanleihen hat,

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919	Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark	Erste Gewinnziehung im März 1920
-----------------------------------	---	----------------------------------

